

von 15 Mio. US\$. Nach Firmenangaben wird das neue Firmengelände mit 167.725 qm eines der größten von Kyocera sein. Das Unternehmen wird zu Beginn eine Belegschaft von 2.300 haben und monatlich 45.000 Drucker produzieren. Nach einiger Zeit soll der Ausstoß auf 100.000 und die Belegschaft auf 4.000 gesteigert werden. (*Nihon Keizai Shinbun*, 12.12.01; AWSJ, 16., 28.11.01; Kyodo, engl., 1.11.01, in: BBC-Email, 2.11.01; XNA, 3., 6., 30.11., 7.12.01) -Dirk Nabers-

26 Nach WTO-Beitritt: China kündigt Zollsenkungen an

Am 11.12.2001 ist China der 143. Mitgliedsstaat in der WTO geworden. Nach der Aufnahme in Doha im November erfolgte eine schnelle Ratifizierung durch das Parlament, sodass der formale Beitrittsprozess noch in diesem Jahr abgeschlossen werden konnte.

Zum 1. Januar 2002 wird China nun die Einfuhrzölle von durchschnittlich 15,3% auf 12% senken. Der zweite Schritt der Zollsenkung auf durchschnittlich 10%, ein Niveau, das von Entwicklungsländern in der WTO verlangt wird, muss erst bis zum Jahr 2005 erfolgen.

Für industrielle Produkte müssen die Zölle Anfang des kommenden Jahres auf 11,6% und für Agrarprodukte auf 15,8% im Durchschnitt reduziert werden. Der Durchschnittszollsatz wird für einige wichtige Produkte wie folgt aussehen: Rohöl und -produkte 6,1%, Holz, chemische Produkte 7,9%, Papier- und Papierprodukte 8,9%, Maschinenbauerzeugnisse 9,6%, elektronische Produkte 10,7%, Textilien und Bekleidungen 17,6% und Transportausrüstungen 17,4%.

Während für den überwiegenden Teil der Agrarprodukte keine Einfuhrquoten mehr gelten werden, gilt dies nicht für zehn Agrarprodukte, darunter Weizen, Sojabohnenöl und Zucker. (XNA, 12.12.01; FAZ, 12.12.01; NfA, 27.12.01)

Der WTO-Beitritt wird auch eine strukturelle Veränderung in den Ministerien zur Folge haben. Das MOFTEC hat zwei neue Abteilungen mit Schwerpunkt Welthandel gegründet,

und zwar das „Department of World Trade Organisation Affairs“ und die Abteilung „Fair Trade Bureau of Import and Export“. Das „Department of World Trade Organisation Affairs“ hat die Aufgabe, die Einhaltung der WTO-Verpflichtungen zu überwachen und Chinas Position in der neuen Runde der Handelsliberalisierung zu erarbeiten. Mit der zweiten Abteilung will das MOFTEC sicherstellen, dass ausländische Lieferungen nicht die chinesischen Dumpingbestimmungen verletzen. Diese Abteilung wird mit dem ebenfalls neu gegründeten „Investigation Bureau for Domestic Industry Injury“ bei der State Economic and Trade Commission (SETC) zusammenarbeiten. (NfA, 7.12.01) -schü-

Binnenwirtschaft

27 Wachstumsprognosen für 2002

Für das kommende Jahr liegen inzwischen verschiedene Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung vor, die überwiegend von einer Abschwächung des Wachstums ausgehen. Nach einer Veröffentlichung des Staatlichen Statistikkamtes wird für das Jahr 2002 mit einer Wachstumsrate von 7% und für das laufende Jahr mit 7,4% gerechnet. (XNA, 5.12.01)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte im Dezember d.J. für das Jahr 2002 eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von 6,8%, eine um 0,3 Prozentpunkte niedrigere Vorhersage als im Oktober d.J. Für das laufende Jahr 2001 hat der IWF seine Prognose im Dezember d.J. um 0,2 Prozentpunkte auf 7,3% gesenkt. (International Monetary Fund, World Economic Outlook, Dezember 2001).

Als Begründung für diese Reduzierung der Wachstumsprognose für die chinesische Wirtschaft werden vom IWF die negativen Auswirkungen der Terroranschläge am 11.9.01 genannt und auf die Wachstumsschwäche in den USA und Japan sowie in Europa hingewiesen, die bereits vorher bestanden hätte und dadurch verstärkt worden sei. (NZZ, 19.12.01; XNA, 24.12.01)

Neben außenwirtschaftlichen Einflussfaktoren, die sich negativ auf das Wachstum im kommenden Jahr auswirken, bestehen eine Reihe von internen Wachstumsbremsen. Dazu zählt nach wie vor die relativ schwache private Inlandsnachfrage sowie der deflationäre Druck, der noch nicht überwunden zu sein scheint. So ging der Index der Verbraucherpreise im November im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,3% zurück. (IHT, 14.12.01)

Auch die Wachstumsrate des Industrieoutputs stieg im November mit 7,9% im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich langsamer an als in den Monaten zuvor. Die Zunahme im September hatte bei 9,5% und im Oktober bei 8,8% gelegen. Das schwächste Ergebnis erzielten die staatseigenen Unternehmen, die lediglich eine Erhöhung ihrer Industrieproduktion um 4,3% verzeichnen konnten, ein Rückgang um 2,2% gegenüber Oktober d.J. (FT, 12.12.01) Im gesamten Zeitraum Januar bis November konnte eine Wachstumsrate von rd. 10% erreicht werden. (XNA, 12.12.01)

Nach Aussagen von Xu Hongyuan, stellvertretender Direktor der Abteilung für Wirtschaftsprognosen beim State Information Center, wird das mit 7,4% erwartete Wachstum des BIP vor allem auf den Anstieg der Investitionen zurückgeführt, die mit 51% zum Gesamtwachstum beitragen werden. Die zwei wichtigsten Motoren der Inlandsnachfrage wären dabei die staatlichen Investitionen sowie die ausländischen Direktinvestitionen. Die Anlageinvestitionen im Staatssektor hätten in den ersten 10 Monaten d.J. um 17,4% gegenüber der Vorjahresperiode zugenommen. Ausländische Direktinvestitionen von voraussichtlich 47 Mrd. US\$ würden 8% zum BIP-Wachstum beitragen. Auch die private Nachfrage werden zunehmen; so werde mit einer Zunahme des Einzelhandelsumsatzes von 10% gerechnet. (XNA, 8.12.01) Trotzdem bleibt die Belebung der Inlandsnachfrage auch im kommenden Jahr eines der wichtigsten Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik.

Auf die Diskussion, ob eine weitere Senkung der Zinsen zur Konjunkturbelebung im kommenden Jahr erforderlich sei, hat die Zentralbank Mit-

te Dezember reagiert. So erklärte der Zentralbankpräsident Dai Xianglong, dass die Zentralbank keine Pläne einer weiteren Zinssenkung habe. Auch an eine Abwertung der chinesischen Währung würde die Regierung nicht denken. (BBC EF, 10.12.01; CEN, 17.12.01)

Mittelfristig werden die Wachstumsaussichten von einigen Analysten nach wie vor als sehr positiv eingeschätzt. So geht Pu Yonghao von Nomura International (Hongkong) davon aus, dass der WTO-Beitritt zwischen 2002 bis 2006 das jährliche Wachstum um 0,5% zusätzlich erhöhen werde. Pu nimmt an, dass die Exporte jährlich um 16% zunehmen werden. Auch Yiping Huang, Ökonom bei der Investmentbank Salomon Smith Barney, sieht eine Stärkung der Wachstumskräfte durch den WTO-Beitritt und prognostiziert, dass sich dieser Schritt in den nächsten fünf Jahren in Form eines zusätzlichen Prozentpunktes am Wirtschaftswachstum widerspiegeln werde. Für das laufende Jahr 2001 erwartet Huang eine Wachstumsrate von 7,1%, für 2002 von 7% und für 2003 von 8%. (XNA, 11.12.01) -schü-

28 Beschäftigungsdruck wird im Jahr 2002 steigen

Nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua werden im nächsten Jahr mindestens 8 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Gegenüber den Vorjahren, in denen eine deutlich geringere Zahl neuer Arbeitsplätze genannt wurde, scheint damit die Regierung den zunehmenden Beschäftigungsdruck einzugestehen. Xinhua-Angaben zufolge will die Regierung versuchen, die städtische Arbeitslosenquote auf 4,5% im kommenden Jahr zu beschränken. Mitte Juni d.J. lag diese Quote, die nicht die betriebsintern freigesetzten Arbeitskräfte einschließt, bei 3,3%. (FT, 13.12.01)

Mitte Oktober hatte Li Rongrong, Minister der State Economic and Trade Commission, darauf hingewiesen, dass die Beschleunigung der Reform der staatseigenen Unternehmen zu einem Anstieg freigesetzter Arbeitskräfte geführt habe und dass es immer schwieriger werde, Wiederbeschäftigungs-

möglichkeiten bereitzustellen. Im ersten Halbjahr 2001 hätten Li zufolge (nochmals) 1,6 Mio. Arbeitskräfte von staatseigenen Unternehmen entlassen werden müssen, davon seien 1,2 Mio. in neuen Beschäftigungsverhältnissen untergebracht worden.

Von den verbleibenden 0,4 Mio. freigesetzten Arbeitskräften sei die eine Hälfte in Fortbildungsmaßnahmen untergebracht, während die andere Hälfte über das soziale Sicherungssystem einen Mindestlebensstandard garantiert bekomme. (BBC PF, 17.10.01) -schü-

29 Forum zur Privatwirtschaft fordert weitere verfassungsrechtliche Absicherungen

Einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Mingbao* (Internet Version) zufolge wurde auf einer Veranstaltung zur chinesischen Wirtschaft eine weitere verfassungsrechtliche Absicherung der privaten Unternehmen gefordert. Die mehr als 100 privaten Unternehmen aus den Inlandsregionen, die an der Konferenz in Shenzhen teilnahmen, äußerten ihre Unterstützung für die von Jiang Zemin aufgestellten ideologischen Vorstellungen von der zentralen Rolle der KPCh im ökonomischen Modernisierungsprozess (Vorstellung von den „Drei Repräsentationen“) und wiesen auf die Rede Jiang Zemin vom 1. Juli hin, die ihren politischen Status definiert hätte (in der u.a. die Mitgliedschaft von Privatunternehmen in der KPCh erlaubt wurde). Von einigen Vertretern der Privatwirtschaft wurde darüber hinaus gefordert, die Verfassung dahingehend zu ergänzen, dass privates Eigentum nicht verletzt werden dürfe. In einer Erklärung wiesen die Vertreter der Privatwirtschaft u.a. darauf hin, dass private Unternehmen eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung neuer Arbeitsplätze in den Inlandsregionen spielen würden. Gleichzeitig wurde die KPCh aufgefordert, den privaten Unternehmen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zu geben.

Die o.g. Konferenz wurde gemeinsam von der chinesischen Industrie- und Handelskammer, dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie, Abteilung für Systemreform, und vier an-

deren Abteilungen in der Zentralregierung organisiert. Neben den privaten Unternehmern nahmen auch verschiedene Wissenschaftler und Spezialisten an der Konferenz teil.

Die Zahl der privaten Unternehmen wurde auf der Konferenz mit 9,8 Mio. und die Zahl der Selbständigen mit 29 Mio. für Ende 2000 angegeben. Während die staatseigenen Unternehmen in den letzten zehn Jahren rd. 35 Mio. Arbeitskräfte entlassen hätten, seien rd. 30 Mio. von den privaten Unternehmen absorbiert worden. Trotzdem sei der Zugang zu Bankkrediten für die meisten privaten Unternehmer noch sehr schwierig. So würden rd. 91% der von staatseigenen Unternehmen beantragten Kredite genehmigt werden, dagegen wäre diese Quote lediglich 60% bei privaten Unternehmen. (FBIS-CHI-2001-1129)

Mit Blick auf den wachsenden Wettbewerbsdruck, dem sich chinesische Unternehmen nach dem Beitritt gegenübersehen werden, forderte der bekannte chinesische Ökonom Dong Furen, das Prinzip des „national treatment“ auch den privaten Unternehmen einzuräumen. Mit Ausnahme weniger Bereiche, die für die nationale Sicherheit von Bedeutung sind und deshalb staatlichen Kontrollen und staatlichem Monopol unterliegen müssen, sollte der Zutritt zu allen Wirtschaftszweigen für private Unternehmen erlaubt werden. Zumindest sollen die Branchen, die nunmehr auch schrittweise für ausländische Unternehmen geöffnet werden, wie der Banken- und Versicherungssektor, Telekommunikation und der Wertpapiersektor, ebenfalls privaten Unternehmen offen stehen. Staatseigene Unternehmen, so Dong Furen, würden zukünftig nicht in der Lage sein, dem Wettbewerb ausländischer Unternehmen allein standzuhalten.

Dong Furen wies allerdings darauf hin, dass der private Sektor nach wie vor noch relativ unterentwickelt ist. So habe der Anteil des nichtöffentlichen Sektors am BSP im Jahre 1998 nur rd. ein Viertel betragen. Bezogen auf die einzelnen Sektoren habe die nichtöffentliche Wirtschaft 1,32% zum Agrarsektor, 47,84% zum Sekundärsektor und 50,84% zum Tertiärsektor beigetragen. Die meisten privaten Unternehmen seien Dong zu-

folge relativ klein und würden demnach in der Konkurrenz mit ausländischen Unternehmen, die Skalenvorteile aufgrund ihrer Größe hätten, eine relativ schlechte Ausgangsposition haben. Auch das relativ niedrige technologische Niveau der meisten privaten Unternehmen stelle diese schlechter im Wettbewerb zu den ausländischen Unternehmen. (FBIS-CHI-20001-1120) -schü-

30 Planungskonferenz der SDPC

Anfang Dezember fand die jährliche Konferenz der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission (SDPC) statt, auf der ebenso wie auf der Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung der Zentralregierung Ende November die wichtigsten Aufgaben für das kommende Jahr 2002 festgelegt wurden. Zu den Schwerpunkten zählt die SDPC die Erhöhung der Anlageinvestitionen, Stärkung der Agrarentwicklung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Zeng Peiyan, Minister der SDPC, kündigte auf der Konferenz auch den Abschluss einer Reihe von Bauprojekten an, die über die Emission von Anleihen finanziert werden sollen. Weiterhin sollen Fortschritte beim Bau des Qinghai-Tibet-Eisenbahnprojektes, dem Bau der Pipeline für den Transport von Naturgas von Xinjiang nach Shanghai sowie des Elektrizitätsnetzes zur Übertragung von Elektrizität von West- nach Ostchina gemacht werden. Zeng zufolge ist auch der Baubeginn des Projektes zur Süd-Nord-Wasserumleitung, des Projektes zum Schutz von Wasserressourcen in Beijing sowie der Baubeginn von verschiedenen Autobahnen in Westchina vorgesehen. Darüber hinaus soll der Bau von Infrastrukturprojekten in den ländlichen Gebieten verstärkt werden.

Zu den weiteren Schwerpunkten der Wirtschaftsplanung zählt Zeng die Entwicklung von Hightech-Industrien, die Anwendung von Informationstechnologien, die Erhöhung der Produktionskapazitäten bei wichtigen Ausstattungen sowie die Umstrukturierung konventioneller Industrien.

Zeng wies auf der Konferenz auch darauf hin, dass die Regierung im kommenden Jahr ihre Anstrengungen zur

Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten verstärken werde. Mit diesem Ziel werde die Ausweitung von arbeitsintensiven Industrien gelenkt, die Entwicklung von kleinen Städten und die Verbesserung des sozialen Sicherungsnetzes gefördert. Um die Infrastruktur in Westchina zu verbessern, soll dort Zeng zufolge das Straßen- und Energienetz sowie das Netz von Radio- und Fernsehübertragungsstationen ausgeweitet werden.

Nach dem Beitritt zur WTO soll auch im kommenden Jahr Chinas Integration in die Weltwirtschaft weiter vorangetrieben werden. Zeng kündigte besondere Anstrengungen der Regierung an, um die Exporte zu erhöhen und die Struktur der Importe zu optimieren. Weiterhin werde die Kampagne zur Korrektur der Marktordnung und Verbesserung der Überwachung der Wirtschaftsentwicklung fortgesetzt. Vor allem der Einsatz von Preisen als Hebel der wirtschaftlichen Regulierung sei zu verbessern. (XNA, 3.12.01)

Li Rongrong, Minister der State Economic and Trade Commission, ging in einer Rede Mitte Dezember näher auf die Frage der Korrektur der Marktordnung ein. Hierbei wies er darauf hin, dass ein Plan ausgearbeitet worden sei, regionale Blockaden sowie die Monopole von Abteilungen in der Regierung und Handelsmonopole zu beseitigen. Ursprünglich hätten diese Probleme Li zufolge bereits in diesem Jahr in Angriff genommen werden sollen. Li, der ebenfalls Leiter der Führungsgruppe beim Staatsrat zu diesen Problemen ist, räumte ein, dass bereits Fortschritte seit Einsetzung der Führungsgruppe im März d.J. festgestellt werden könnten. Bedingt durch komplizierte wirtschaftliche, soziale und ideologische Ursachen sei jedoch die Marktordnung in einigen Bereichen in einem eher chaotischen, in einigen Fällen sogar schockierenden Zustand.

Li kündigte an, dass neben dem Aufbrechen von regionalen Blockaden und Monopolen mit der Standardisierung im Bereich des Finanzsektors, des Verhaltens von intermediären Organisationen, des Touristikmarktes sowie der Verbesserung von Produktionssicherheit im nächsten Jahr begonnen werde. (BBC EF, 11.12.01) -schü-

31 Wertpapieraufsichtsbehörde verschärft Bestimmungen zur Aufhebung von Börsennotierungen

Im Januar des kommenden Jahres werden neue Bestimmungen der Wertpapieraufsichtsbehörde in Kraft treten, die eine schnellere Aufhebung der Börsennotierung von unprofitablen Unternehmen ermöglichen sollen.

Die Bestimmungen sehen vor, dass es zukünftig keine Aktien mehr mit dem Zusatz „Particular Transfer“ (PT) geben wird. Zu dieser Kategorie zählen Aktien von Unternehmen, die in drei aufeinander folgenden Jahren keine Gewinne aufweisen. Diesen Unternehmen war bisher eine Übergangszeit eingeräumt worden, um Umstrukturierungen vorzunehmen, bevor ihre Notierung aufgehoben wurde. Die neuen Bestimmungen sehen dagegen vor, dass der Handel mit Aktien solcher Unternehmen sofort für einen Zeitraum von sechs Monaten aufgehoben wird, sobald sie drei Jahre hintereinander keine Gewinne aufweisen. Sollten sie nach sechs Monaten noch nicht wieder schwarze Zahlen schreiben, kann ihre Notierung von der Börsenverwaltung in Shanghai bzw. in Shenzhen aufgehoben werden.

Bisher sind insgesamt nur drei Aktien von der Notierung an den Börsen ausgeschlossen worden. Die neuen Regeln sollen allerdings rd. 15 Unternehmen betreffen, die von der Wertpapieraufsichtsbehörde mit dem Zusatz PT kategorisiert wurden. Weitere 50 Unternehmen könnten außerdem zukünftig davon betroffen sein, da diese Unternehmen bereits seit zwei Jahren hintereinander keine Gewinne ausweisen. (XNA, 6.12.01; FT, 5.12.01)

Wie die *Financial Times* hervorhebt, werden die nächsten Monate für die Durchsetzung der neuen Regeln entscheidend sein. Viele Unternehmen würden versuchen, ihr Unternehmen umzustrukturieren, um nicht von einer Aufhebung der Börsennotierung betroffen zu sein. Andererseits gebe es zu viele wirtschaftlich nicht erfolgreiche Unternehmen, die nur ihre Börsennotierung aufgrund bestimmter politischer Kriterien (Anmerkung: z.B. regionale Quoten für Börsennotierungen bzw. Quoten für Börsennotierungen

für bestimmte Branchen) erhalten haben. (FT, 5.12.01)

Die Verschärfung der Regeln ist auch eine Folge der Spekulationswellen, die mit PT-Aktien verbunden waren. So hatten Anleger zu Recht darauf gesetzt, dass PT-Aktien weiter von den Lokalregierungen finanziell gestützt würden, die sie nicht aus dem Handel gezogen sehen wollten. (XNA, 6.12.02; FT, 5.12.01) -schü-

SVR Hongkong

32 Kandidatur Tung Chee-hwas für zweite Amtszeit als Regierungschef

Lange erwartet, kündigte Tung Chee-hwa am 13. Dezember seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit als Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Hongkong an, ein Amt, das er seit der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie im Juli 1997 an China innehat. Seine Wiederwahl im März 2002 gilt als sicher, zumal bisher keine Gegenkandidaten in Sicht sind. Formale Voraussetzung für den Antritt zu der Wahl durch einen 800-köpfigen Wahlausschuss am 24. März wird nun noch sein, dass Tung von mindestens 100 Mitgliedern dieses Ausschusses nominiert wird. Gleiches gilt für potenzielle Gegenkandidaten. Gemäß der am 22. Dezember bekannt gegebenen Wahlrichtlinien ist diese Nominierungsprozedur für die zweite Hälfte des Februar 2002 anberaumt; die neue Amtsperiode wird dann zum 1. Juli 2002 beginnen.

Tung Chee-hwa verkündete seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit anlässlich eines Empfangs im Hongkonger Convention and Exhibition Centre, zu dem knapp tausend Personen geladen waren, darunter vor allem Angehörige der Geschäftselite und des Beijing-freundlichen politischen Lagers. In seiner Ansprache gestand Tung Versäumnisse und Mängel der Regierungspolitik während seiner ersten Amtszeit ein. Er versprach, dass er diese in Zukunft gezielt ausräumen wolle, wobei er großen Wert auf kritische Reaktionen und Verbesserungs-

vorschläge von Seiten der Öffentlichkeit lege. Er warb um eine „neue Partnerschaft“ mit allen gesellschaftlichen Kreisen, Jung und Alt, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Politikern, Wissenschaftlern sowie Vertretern aller Berufssparten. Zwar würde seine Familie gern mehr Zeit mit ihm verbringen, so verlautbarte der Regierungschef, doch wolle er mit ihrer Unterstützung die Arbeit zu Ende führen, die er 1997 begonnen habe.

Die Betonung einer stärkeren Einbindung der öffentlichen Meinung in den politischen Entscheidungsprozess werteten Kommentatoren als neuartigen Versuch Tung Chee-hwas, sein persönliches Image aufzubessern, das laut Meinungsumfragen seit längerer Zeit auf einem Tief stagniert.

Das politische Programm, das Tung für die zweite Amtszeit ankündigte, besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen: Zum einen wolle er Maßnahmen ergreifen, um die Wirtschaft Hongkongs aus der Rezession zu führen und für die Chancen der Globalisierung zu stärken. Zum anderen plane er mit Beginn der zweiten Amtszeit die Umsetzung der Pläne für die Stärkung der politischen Verantwortlichkeit in den Spitzenämtern der Regierung, wie er sie zuletzt in seiner Regierungserklärung vom Oktober 2001 spezifiziert hatte (vgl. C.a., 2001/10, Ü 30).

Laut seiner jüngsten Aussagen sollten ab Juli 2002 die höchsten Regierungsämter in zeitlich befristete politische Ämter verwandelt werden, deren Inhaber der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abzulegen hätten. Ferner sollte der *Executive Council* reorganisiert werden – wie im Oktober deutlich wurde, plant Tung die Umwandlung dieses Beraterorgans in ein Kabinett, in das er die politischen Spitzenbeamten berufen will. Als weitere Vorhaben im politischen Bereich nannte er die Reform der Verwaltungsstrukturen mit Blick auf eine stärkere „Dienstleistungs-Kultur“ sowie die Stärkung der politischen Aufmerksamkeit für Kritik und Belange der Öffentlichkeit durch die Schaffung eines effektiven Monitoring-Systems. Zwar handelt es sich hierbei vorderhand um durchaus „aufgeklärte“ Forderungen im Sinne einer modernen Verwaltungskultur, doch befürchten Kritiker, dass sich hinter dem

politischen Reformpaket eine Agenda für eine verstärkte Abhängigkeit der Verwaltung von der Person des – nicht demokratisch gewählten – Regierungschefs und für eine noch ausgeprägtere Dominanz der Exekutive im politischen System Hongkongs verbirgt (vgl. ebenda).

Die Proteste gegen eine zweite Amtszeit Tung Chee-hwas, die von einer Koalition von Vertretern des demokratischen Lagers organisiert wurden und die Ende November noch eine relativ große Anzahl von Demonstranten rekrutieren konnten, hielten sich um direkten zeitlichen Umfeld der Kandidatur stark in Grenzen. Zu vereinzelt Protestaktionen kamen nur jeweils wenige Dutzend Personen zusammen.

Dagegen unterstützten zahlreiche Prominente die Kandidatur Tung Chee-hwas, darunter Li Ka-hsing und andere Hongkonger „Tycoons“ sowie Vertreter der Beijing-nahen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen. Da das Datum der Kandidatur Tungs schon zuvor bekannt war, hatten sich Vertreter der chinesischen Zentralregierung teilweise bereits in den Tagen vor dem 13. Dezember positiv zu dem Kandidaten geäußert. Unter diesen war auch Jiang Zemin persönlich, der während einer Auslandsreise Reportern mitteilte, dass er Tung Chee-hwa die Wiederwahl wünsche und selbst auch an dessen Wiederwahl glaube. Weitere Unterstützung erhielt Tung anlässlich seiner jährlichen „Berichtsreise“ nach Beijing, die er eine Woche später unternahm. In diesem Zusammenhang soll Jiang Zemin geäußert haben, er sehe keine Notwendigkeit für die Aufstellung eines Gegenkandidaten als reinen Selbstzweck.

„The election's over: let the campaign begin“ betitelte ein Kommentator der *South China Morning Post* einen Beitrag, in dem er die paradoxe Situation analysierte, die mit der Kandidatur Tung Chee-hwas eingetreten ist. Da seine Wiederwahl zum Regierungschef bereits jetzt beschlossene Sache sei und sich kaum eine Person finden dürfte, die sich für einen Pro-forma-Gegenkandidaten ohne jegliche Siegchancen hergeben würde, sei eigentlich kein Anlass für einen Wahlkampf gegeben. Doch könne es sich Tung Chee-hwa nicht leisten, auf eine breit angelegte Wahlkampagne zu verzichten, da